

Putin und die Ukraine : die Wiener Sicht

Autor(en): **Geyer, Georg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **89 (2014)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-718028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Putin und die Ukraine – die Wiener Sicht

Eine Befreiung soll der gewaltsame Umsturz in der Ukraine gewesen sein, sagen manche Politiker. Bei näherer Betrachtung erkennt man einen Putsch, der neue innenpolitische Machtverhältnisse, die russische Besetzung der Halbinsel Krim und einen Bürgerkrieg im Osten des Landes verursachte. Durch den Machtwechsel in der Ukraine haben wir direkt in Europa an der EU-Aussengrenze einen militärischen Konflikt. Was bedeutet das für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

UNSER ÖSTERREICH-KORRESPONDENT OBERST I GST GEORG GEYER NIMMT STELLUNG

Auch nach der politischen Revolution steht es um die Ukraine nicht besser. Der post-sowjetische Nachfolgestaat ist wirtschaftlich am Ende, gezeichnet von Oligarchie und Korruption, abhängig von EU und Russland.

Vollmundige Drohungen

Vollmundig kündigten die hoch verschuldeten westlichen Kreditgeber aus Europa und USA an, das marode Land finanziell stützen und Russland bestrafen zu wollen. Gemessen an den Dimensionen von Finanzhilfe, Militärpräsenz und Strafsanktionen zeigt sich der Westen bislang als zahloser Tiger.

Strategisches Ziel des Westens ist vermutlich, die Ukraine mittelfristig in ein wirtschaftliches und militärisches Abhän-

gigkeitsverhältnis zu EU und USA zu bringen, um so den eigenen Einflussbereich zwischen Baltikum und Türkei auszuweiten. Unerwünschte strategische Alternativen wären aus dieser Sicht die Fortsetzung der russischen Stützungs- und Integrationspolitik oder ein (unwahrscheinlicher) Ausverkauf des Landes an die Chinesen.

So gesehen ist die russische Vorgangsweise in Sachen Ukraine zwar illegal, aber logisch und nachvollziehbar: Durch den innenpolitischen Machtwechsel besteht die Gefahr, dass der frühere westliche Erzfeind tief in die Interessenszone der russischen Föderation wirkt – und das zu einer Zeit, da sich Russland aussenpolitisch wieder zu einer Grossmacht entwickeln will. Nach dem «Verlust» der baltischen Staaten (Mitglieder in EU und NATO seit 2004) droht

nun der Ausfall der Ukraine als «Vorfeld» Richtung Mittel- und Südeuropa.

Präsident Putins Ziele

Präsident Putins erste Ziele mussten daher sein, die strategisch wichtigen Räume blitzartig in Gewahrsam zu nehmen und einen gewissen Einfluss in der Ukraine zu erhalten. Für die russische Machtprojektion ist die Krim ebenso wichtig wie der Raum Kaliningrad: Die Halbinsel im Schwarzen Meer gibt ausreichend Raum für starke Luft- und Seestreitkräfte und ermöglicht einen indirekten Zugang ins Mittelmeer.

Sie bietet bessere Wirkungsmöglichkeiten in den Nahen Osten, nach Südeuropa und Nordafrika und unterstützt den Einfluss auf wichtige Verkehrswege, Rohstoff- und Energieressourcen. Wäre die



Bürgerkrieg: Ukrainische Truppen gehen erfolglos gegen die von prorussischen Separatisten besetzten Städte vor.

Krim hingegen in westlicher Hand, so könnten sich daraus gute Wirkungsmöglichkeiten in den südrussischen Raum zwischen Georgien und Kasachstan ergeben.

Operative Umsetzung

Die militärische Besetzung der Halbinsel Krim war offenbar lange vorbereitet (als möglicher Einsatzfall) und wurde in einer gemeinsamen Operation von Land- und Seestreitkräften professionell vorgetragen.

Den Einsatz so genannter «prorussischer Milizen» kann der Beobachter als geplante Offensivoperation von Spezialtruppen bezeichnen, in Phase zwei unterstützt durch Luftlandtruppen, Heeresflieger und die russischen Seestreitkräfte vor Ort.

Aus operativ-strategischer Sicht erscheint es logisch, dass sich gleichzeitig russische Truppenverbände in der Stärke mehrerer Divisionen nahe der ukrainischen Grenze bereitstellten, auch als Führungs- und Logistikkbasis für vorwärts operierende Spezialkräfte.

Durch den konsequenten Einsatz des ukrainischen Militärs konnten prorussische Separationsbestrebungen im Osten bislang beherrscht werden, aber die Gefahr einer Abspaltung oder der Ausweitung des Bürgerkrieges ist nicht vorbei. Der künftige politische Kurs des neuen ukrainischen Präsidenten Poroschenko wird das Verhältnis zwischen Beruhigung und Eskalation bestimmen.

Europäische Politik?

Wie reagierte die Interessensgruppe EU – USA auf diese Entwicklung? Plötzlich tauchte in der öffentlichen Diskussion das Schreckgespenst des «Neuen Kalten Krieges» auf, alte geopolitische Bruchlinien wurden sichtbar: Schnell wird klar, dass diese Entwicklung durch den Machtwechsel in der Ukraine abzusehen war. Die Staaten in Nordosteuropa forderten die Stationierung von Truppen; die überwunden geglaubte Angst vor einer russischen Militäroffensive war spürbar. Doch welche Truppen wurden angefragt? Nicht jene der Europäischen Union, sondern Kräfte der NATO.

Trotz des politischen Hilferufes aus den Anrainerstaaten zur Russischen Föderation waren die EU-Gremien offensichtlich nicht gewillt oder nicht in der Lage, militärische Verbände, die samt Führung und Logistik kurzfristig für eine Verlegung bereit stehen, zu entsenden, vielleicht auch deshalb, um eine Eskalation zu vermeiden. Dem gegenüber wurde die «gute alte NATO» in ihrer klassischen Rolle aus der Zeit des Kalten Krieges angesprochen, was letztlich im Ver-



Archivbilder

Russische Elitetruppen auf der Krim – unverkennbar keine Bürgerwehr.

sprechen von US-Präsident Obama, zusätzliche Truppen in Nordosteuropa zu stationieren, endete.

Aktuelle multinationale Einsatzverfahren dienen zur Friedenserhaltung und Interessenssicherung in der Peripherie Europas und nicht zur Landesverteidigung in Europa.

Massiver Armeeabbau

Nach dem Ende des Warschauer Paktes reduzierten Österreich und viele europäische Staaten ab 1990 ihre Truppenstärken und die Zahl militärischer Grosswaffensysteme deutlich, oft verbunden mit einer Änderung des Wehrsystems. Seit Jahrzehnten unterfinanziert, geschwächt durch zwei massive Sparpakete besitzt auch das Österreichische Bundesheer offensichtlich nur noch geringe Kapazitäten für eine konventionelle militärische Landesverteidigung, obwohl diese den Status eines Verfassungsgesetzes hat.

Begründet wurden dieser langfristige Systemumbau und die dramatische Reduktion der österreichischen Streitkräfte durch Analysen, die im «postsowjetischen» Europa u.a. eine etwa zehnjährige Vorwarnzeit für militärische Konflikte und das tendenzielle Verschwinden konventioneller Kriegsbilder in Europa konstatierten.

Allein die Ereignisse zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation sprechen eine andere Sprache. De facto handelt es sich um einen militärischen Konflikt mit der gewaltsamen Besetzung fremden Staatsgebietes und der Zerstörung von Grosswaffensystemen, der nicht nur in einen Bürgerkrieg ausartete, sondern nach wie vor eine latente, bislang lokal begrenzte Kriegsgefahr in sich birgt.

Wie es weitergeht, wird vor allem von der Politik des Westens und dem ukrainischen Krisenmanagement abhängen. Vermutlich gab es für diesen militärischen Schlagabtausch keine zehnjährige Vorwarnzeit und de facto wurde diese Auseinandersetzung vor allem mit konventionellen militärischen Kräften geführt, zu denen auch Spezialtruppen zählen.

Weiterentwicklung nötig

Vielleicht wird in der Europäischen Union gerade durch diesen Konflikt sichtbar, dass wir uns mit der signifikanten Abrüstung nationaler militärischer Kräfte in Europa und mit der zögerlichen Entwicklung substanzieller Europäischer Verteidigungskräfte (abgesehen von den wenigen EU-Battlegroups, die für eine operativ wirksame Verteidigung zu schwach wären) etwas vormachen.

Wie gehen wir als Europäische Union militärisch mit Konflikten wie diesem um? Vielleicht ist die Zeit gekommen, den militärischen Arm der Europäischen Verteidigungspolitik stärker auszubauen, um bei Bedarf auch grössere einsatzbereite EU-Verbände zur Sicherung einsetzen zu können.

Darüber hinaus sollten auch Tabu-Fragen wie die Designierung strategisch wirksamer Waffensysteme (zum Beispiel Flugzeugträger oder Raketentruppen) diskutiert werden. +



Unser Österreich-Korrespondent, Oberst i Gst Georg Geyer, war persönlicher Referent des Generalstabschefs Ertl und Chefredaktor der Zeitschrift «Der Soldat». Derzeit ist er in der Privatwirtschaft tätig und schreibt für den SCHWEIZER SOLDAT.